



Kritisch
Warum die Argumente von Martin Blessing nicht auf Akzeptanz stoßen. **Seite 32**



Vorsichtig
Die Chefs des Verbands der Auslandsbanken über die Lage der Geldhäuser. **Seite 34**

OFF THE RECORD

Liebe Aktionäre, bitte nicht klatschen!

Hauptversammlungen von Aktiengesellschaften sind eine spannende Angelegenheit. Das gilt ganz besonders, wenn es in den Monaten zuvor nicht so gut gelaufen ist für das Unternehmen. Denn dann kommen die Aktionäre und beschweren sich, manche äußerst lautstark. Oftmals melden sich so viele zu Wort, dass der Chef des Aufsichtsrates als Versammlungsleiter die Redezeit des Einzelnen verkürzen muss. So auch bei der Hauptversammlung der Commerzbank; in Anbetracht der schieren Zahl der Wortmeldungen begrenzte Aufsichtsratschef Peter Müller die Redezeit zunächst auf zehn Minuten. Das führt dazu, dass die Zeit gut genutzt und die Kritik am Vorstand wohl dosiert sein muss. Oder einem im Zweifel die passende Erwiderung einfällt. Als der Berufsaktionär Karl-Walter Freitag von Müller ermahnt wird, er habe die Redezeit bereits deutlich überschritten, antwortet der Kölner, die Unterbrechungen durch das Geklatsche der anderen Aktionäre hätten ihn aufgehoben.

Richard Mayer aus München, einer der Nachredner Freitags, weist deshalb gleich zu Beginn seiner Einlassungen darauf hin, doch bitte schön nicht zu klatschen.

hb.offrecord@vhb.de

DZ Bank stellt ihr Gewinnziel infrage

FRANKFURT. Der Vorstandsvorsitzende der DZ Bank, Wolfgang Kirsch, hat seine Gewinnprognose infrage gestellt und dies mit der Euro-Schuldenkrise begründet. „Wir streben ein Ergebnis oberhalb von einer Milliarde Euro für das Geschäftsjahr 2012 an“, sagte Kirsch gestern auf der Hauptversammlung. „Wir spüren aber alle die große Unsicherheit, die auf Europa lastet.“ Kirsch befürchtet neue Unruhen an den Märkten, falls die Europäer den Sparkurs aufgeben sollten. Das Spitzeninstitut der Volks- und Raiffeisenbanken hatte im ersten Quartal 700 Millionen Euro und damit 40 Prozent mehr verdient. Kirsch hatte noch Anfang März betont, dass ohne Staatsschuldenkrise für die Gruppe ein Gewinn von 1,6 Milliarden Euro realistisch sei.

Die Eigentümer der Bank stimmten gestern einem Kapitalrahmen von 500 Millionen Euro zu. Ob und wann dieser genutzt wird, ist offen. Zum Ende des ersten Quartals lag die harte Kernkapitalquote bei 10,1 Prozent. Kirsch kündigte gegenüber den Anteilseignern an: „Wir stehen vor weiteren großen regulatorischen Kapitalbelastungen in den nächsten zwei Jahren.“ Reuters

Morgan Stanley in Erklärungsnot

Der Facebook-Börsengang wird für die wichtigste der amerikanischen Emissionsbanken zur Image-Krise.

- **Der Facebook-Aktienkurs verlor bereits gut 16 Prozent.**
- **Institutionelle Anleger stoßen Papiere überraschend schnell ab.**
- **Facebook-Aktionäre reichen erste Klagen ein.**

Astrid Dörner, Robert Landgraf
New York, Frankfurt

Es hätte die große Show werden sollen für Morgan Stanleys Investmentbanker Michael Grimes. Nach langer Flaute gab es endlich wieder einen Börsengang, der die Euphorie zurück an die Wall Street bringen sollte: Facebook, das weltgrößte soziale Netzwerk, gab den ausgehungerten Anlegern und Banken neue Fantasie. Für Morgan Stanley war es die Chance, sich als die führende Bank für Technologie-Börsengänge zu profilieren. Gemeinsam mit Facebooks Finanzchef David Ebersman zog Grimes die Fäden. So einen Auftrag wollte er sich nicht aus der Hand nehmen lassen.

Doch wenige Tage nach dem größten Börsengang eines Technologieunternehmens steht die Bank vor einem Scherbenhaufen: Gestern reichten Aktionäre in New York Klage ein gegen die Bank, das soziale Netzwerk, seinen Gründer Mark Zuckerberg und weitere am Börsengang beteiligte Institute. Bereits am Dienstagabend ist eine Gruppe anderer Aktionäre in Kalifornien vor Gericht gezogen. Die beiden mächtigsten Finanzaufseher der USA haben angekündigt, sich die Vorgänge genau anzusehen, ebenso wie führende Politiker in Washington. „Der Ruf von Morgan Stanley ist beschädigt, und das wird eine ganze Weile so bleiben“, sagt Jeff Sica, der US-Börsengang seit Jahren beobachtet und die Vermögensverwaltung Sica Wealth Management gegründet hat. Doch der verpatzte Börsengang könnte noch weitere Auswirkungen haben: Marktbeobachter



Michael Grimes von Morgan Stanley: Er hielt die Fäden zusammen.



Facebook-Finanzchef David Ebersman: Ohne ihn ging nichts.



gehen davon aus, dass anderen Unternehmen aus dem Silicon Valley die Lust auf Börsengänge vorerst vergangen ist.

Die Aktionäre werfen dem Facebook-Management und den zuständigen Banken vor, bestimmte Investoren bevorzugt behandelt

zu haben. So soll den Aktionären in den Tagen vor dem Handelsbeginn „eine ernst zu nehmende und deutliche Korrektur“ in den Umsatzprognosen der Analysten verschwiegen worden sein, heißt es in der Klageschrift. Die Nachrichtenagentur Reuters hatte am Dienstag berichtet, dass die Analysten von Morgan Stanley, Goldman Sachs und JP Morgan Chase wenige Tage vor dem Gang an die Börse ihre Einschätzungen für den Umsatz nach unten korrigiert hatten. Die Analysten sollen von Facebook-Managern zu diesem Schritt angewiesen worden sein, berichteten US-Medien gestern. Den Banken wird vorgeworfen, dass sie diese Information nur bestimmten Kunden mitgeteilt habe. Sie gelten als die führenden Institute rund um den Börsengang, wobei Morgan Stanley die wichtigste Rolle spielte.

Kleinanleger schreiben Verluste
Finanzkreisen zufolge sollen vor allem institutionelle Investoren

zentrale der US-Bank Morgan Stanley in New York: Hat das Geldhaus bestimmte Investoren beim Facebook-Börsengang bevorzugt?

Die Aktie von Morgan Stanley schloss gestern trotzdem mit einem hohen Prozentsatz im Plus. Dem Institut könnte weiterer Ärger drohen: Die Ratingagentur Moody's überprüft gerade die Bewertung von Morgan Stanley und weiteren US-Banken. Möglich ist eine deutliche Herabstufung. Eine Entscheidung wird im Juni erwartet.

Der Druck auf die Facebook-Aktie könnte bald weiter steigen: Leerverkäufer zeigen großes Interesse an dem Papier und sind bereit, für ihre Wette auf fallende Aktienkurse hohe Leihgebühren zu zahlen. Nach Angaben des Analysehauses Data Explorers waren am Dienstag über vier Prozent der Aktien im Streubesitz geliehen, was Experten als ungewöhnlich hoch bewerten.

Rettungsfonds stellt 18 Milliarden Euro für griechische Banken bereit

Die vier größten Geldhäuser des Landes haben das Vertrauen ihrer Kunden verloren. Eine Kapitalspritze soll es wieder herstellen.

Gerd Höher
Athen

Atempause für Griechenlandskrisengeschüttelte Kreditinstitute: Die vier größten Banken des Landes werden vorläufig mit 18 Milliarden Euro rekaptalisiert. Die Geldspritzen sollen zugleich die akuten Liquiditätsprobleme der Institute mildern.

Bei den Mitteln handelt es sich um Anleihen des Euro-Rettungsfonds EFSF. Die Papiere werden

bis spätestens Freitag von der Hellenic Financial Stability Facility (HFSF) an die Banken verteilt. Die National Bank of Greece (NBG), das größte Kreditinstitut des Landes, erhält Papiere im Wert von 6,9 Milliarden Euro. Auf die Euro-Bank EFG entfallen 4,2 Milliarden, auf die Alpha Bank 1,9 Milliarden und auf die Piraeus Bank fünf Milliarden Euro.

Mit den Papieren können die Institute einen Teil der Verluste ausgleichen, die sie durch ihre hohen Bestände an griechischen Staatsanleihen erlitten hatten. Die

vier größten griechischen Banken meldeten für das Jahr 2011 Verluste nach Steuern von 27,9 Milliarden Euro. Davon gingen rund 23 Milliarden auf das Konto des im März vollzogenen, aber bereits in den Bilanzen des Jahres 2011 berücksichtigten Schuldenschnitts. Der Hair-Cut hat die Kapitalbasis der meisten griechischen Banken weitgehend vernichtet. Die jetzt zugewiesenen 18 Milliarden sind allerdings nur eine Überbrückung. Endgültig soll über ihre Kapitalzustattung mit dem Verkauf von Auslandsstöckern und

Regierung entscheiden, die aus den Wahlen vom 17. Juni hervorgeht. Die bis Mitte Mai amtierende Übergangsregierung des parteilosen Premiers und früheren EZB-Vizepräsidenten Lucas Papademos hatte in dieser Frage keine Einigung erzielen können.

Für die Rekapitalisierung der Banken sind im zweiten Griechenland-Rettungspaket der EU und des Internationalen Währungsfonds (IWF) 50 Milliarden Euro vorgesehen. Um einer Verstaatlichung durch die Hintertür zu entgehen, möchten die Banken nur so viele öffentliche Gelder annehmen, wie sie unbedingt benötigen. Zu dieser Strategie gehört auch, ihre Kapitalzustattung mit dem Verkauf von Auslandsstöckern und

75 Mrd.

Euro an Einlagen haben die griechischen Banken seit 2009 verloren.

Quelle: Branchenangaben

BayernLB klagt in New York gegen die Bank of America

Die US-Bank soll falsche Angaben beim Verkauf von Papieren gemacht haben.

Thomas Bauer
Frankfurt

Die BayernLB zieht gegen eine weitere Großbank in den USA vor Gericht: Wegen Verlusten mit verbrieften Häuserkrediten hat sie nun auch eine Klage gegen die Bank of America einreichen lassen. Dies bestätigte ein Sprecher von Deutschlands zweitgrößter Landesbank gestern gegenüber dem Handelsblatt. Die Klage ist seit gestern beim New York State Supreme Court anhängig und einsehbar.

Laut Klageschrift wirft die BayernLB der Bank of America vor, beim Kauf von Immobilienpapieren in den Jahren 2005 und 2007 betrogen worden zu sein. Es seien falsche Angaben zur Qualität des Portfolios gemacht worden. Das Nominalvolumen der übernommenen Papiere beträgt mehrere Hundert Millionen Dollar.

Die Landesbank hat bereits vier Klagen in den USA eingereicht

Die Schadenshöhe werde aber erst bei der Fälligkeit der Papiere messbar, heißt es. Die BayernLB hat bereits mehrere ähnliche Klagen in den USA eingereicht, so im November gegen JP Morgan, im Januar gegen Morgan Stanley und im April gegen die Deutsche Bank.

Auch dort lautet die Begründung, dass Ramschkredite wesentlich als solides Investment ver-

kauft worden seien. Andere Institute, darunter die mächtige US-Pensionskasse TIAA klagen derzeit ebenfalls in den USA auf Schadensersatz oder Rückabwicklung der Geschäfte aus der Subprime-Ära.

Die Deutsche Bank schaffte sich vergangene Woche eine ähnliche Klage mit einem teuren Vergleich vom Hals. Für 202 Millionen Dollar verzichtete Preet Bharara, Staatsanwalt für Südmanhattan, auf ein weiteres Vorgehen gegen das Institut. Laut Beobachtern hätte die Klage zu einer Milliardenstrafe führen können.

Unter dem früheren Investmentchef und heutigen Co-Vorstandsvorsitzenden Anshu Jain hatte die Deutsche Bank vor der Finanzkrise versucht, am Immobilienboom in den USA durch den Handel mit Hypotheken zu partizipieren. Das gesamte Engagement der Bank im Markt für strukturierte Produkte auf Wohnungsbaukredite belief sich von 2005 bis 2008 auf 84 Milliarden Dollar.

Wegen der in den USA drohenden Verjährung werden nun immer mehr Klagen eingereicht. Analysten schätzen, dass allein die Bank of America mit Schadensersatzforderungen von bis zu 32 Milliarden Dollar konfrontiert ist. Auf der Klägersseite finden sich private Investoren, ausländische Banken wie die BayernLB, aber auch die beiden großen staatlichen Haus- und Ausbildungskreditgeber Fannie Mae und Freddie Mac, die allein schon gegen 17 US-Großbanken klagen.

Auch bei der BayernLB erwarten Beobachter, dass die jetzt eingereichte Klage noch nicht die letzte ihrer Art gewesen sein wird. Die Bank selbst wollte hierzu nichts sagen. Riskante US-Wertpapiere hatten der BayernLB in der Finanzkrise Verluste in Milliardenhöhe beschert. Das Geldhaus überlebte nur dank staatlicher Hilfen und musste vom Freistaat Bayern fast ganz übernommen werden. Die BayernLB versucht seitdem, Risiken abzubauen und sich gesundzuschreiben. Die Bilanzsumme ist seit 2008 von 420 auf 304 Milliarden Euro gesunken. Das Institut leidet dennoch bis heute unter unzureichenden Erträgen. So ist der Vorsteuerertrag in den ersten drei Monaten von 149 auf 54 Millionen Euro eingebrochen.

116 Mrd.

Euro ist der Betrag, um den die Bilanzsumme der BayernLB seit der Krise geschrumpft ist.

Quelle: BayernLB

Die unendliche Rettung der spanischen Bankia

Das Geldhaus braucht rund zehn Milliarden Euro Staatshilfen.

Anne Grütter
Madrid

Die unlängst verstaatlichte Großbank Bankia kommt Spanien teuer zu stehen. Hochrangige spanische Bankkreise gehen davon aus, dass Bankia und ihr Mutterhaus Banco Financiero y de Ahorros (BFA) rund zehn Milliarden an Staatshilfen benötigen werden - zusätzlich zu den 4,5 Milliarden Euro, die der staatliche Bankenrettungsfonds FROB bereits in die marode Großbank gesteckt hat.

Der neue Chef von Bankia-BFA, José Ignacio Goirigolzarri, werde in Kürze einen Sanierungsplan vorlegen, erklärte Wirtschaftsminister Luis de Guindos gestern vor dem Wirtschaftsausschuss des Parlaments. Der Staat werde den nötigen Kapitalbedarf decken, damit Bankia die neuen gesetzlichen Auflagen für Rückstellungen erfüllt sowie auch alle anderen Risiken in seinem Portfolio abdecken kann. Auf eine genaue Ziffer wollte sich De Guindos entgegen allen Erwartungen nicht festlegen.

Die Rekapitalisierung von BFA

soll durch eine Kapitalaufstockung geschehen, die der Staat über den Rettungsfonds FROB zeichnen wird, sagte der Minister. Damit müssen sich die Aktionäre von Bankia auf eine weitere Verwässerung ihres Aktienwerts einstellen sowie darauf, dass sich die staatliche Beteiligung an Bankia von derzeit rund 45 Prozent deutlich erhöhen wird.

Minister betrachtet Bankia als einen Einzelfall

BFA war vor zwei Jahren aus der Fusion von sieben Sparkassen hervorgegangen und hatte kurz darauf sein gesamtes Finanzgeschäft in die neu gegründete Tochter Bankia ausgelagert. Bankia ist das viertgrößte Finanzinstitut Spaniens und brachte erst letztes Jahr einen Minderheitsanteil an die Börse. Anfang Mai übernahm der Staat die Kontrolle bei BFA und BFA darauf hinwies hatte,



Neuer Bankia-Chef Jose Ignacio Goirigolzarri

„dass diese systemrelevante Gruppe ein hohes Kapitaldefizit habe.“

Der Minister betonte, dass es sich bei BFA-Bankia um einen Einzelfall handle, „es wäre unklug, von der Situation dieses Instituts Schlüsse auf den Rest des spanischen Finanzsystems zu ziehen.“

De Guindos berief sich auf den jüngsten Finanzstabilitätsbericht des IWF, der ihm bereits vorliegt und der Ende Juni veröffentlicht wird. Demnach könnten 70 Prozent des spanischen Bankensystems einem Stressszenario standhalten, so De Guindos. Von den restlichen 30 Prozent mache die nun verstaatlichte Bankia allein zehn Prozent aus. Auch die übrigen Schwachstellen des Systems, „eine limitierte Zahl an Finanzinstituten“, stünden entweder bereits unter Kontrolle des Rettungsfonds FROB oder seien kurz davor, sich mit stärkeren Instituten zu fusionieren.